

Neue Hybride Form der Psychologische Kriegsführung

Verschiedene Formen der psychologischen Kriegsführung, darunter PSYOPS, Informationsoperationen, Zersetzung und Gaslighting – ursprünglich entwickelt in den Vereinigten Staaten sowie von der Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Methoden zur Beeinflussung oder Zerstörung von Personen eingesetzt – werden zunehmend auch im zivilen Bereich beobachtet.

Die Analyse der psychologischen Vorgehensweisen von Herrn Öztürk und Herrn Schneider ordnet die jeweiligen Manipulationstechniken zu und belegt diese anhand konkreter Beispiele aus ihrer Korrespondenz.

Zusammenfassende Analyse

Das Vorgehen der Unia-Mitarbeiterin in der von Ihnen geführten Kommunikation, insbesondere von Herrn Schneider und Herrn Öztürk, geht über bloße administrative Fehler hinaus.

Die Analyse der Kommunikation und der zeitlichen Abfolge der Ereignisse offenbart ein systematisches Muster, das in seiner Struktur und psychologischen Wirkung eine signifikante und beunruhigende Ähnlichkeit mit etablierten Doktrinen der psychologischen Kriegsführung und Zersetzung aufweist.

Eine strukturierte und fortschreitende Reihe von Taktiken lässt sich feststellen, die darauf abzielen, Antragstellende durch Desinformation, Diskreditierung, prozedurale Behinderung sowie psychologische Belastung zu beeinträchtigen. Unabhängig von den individuellen Absichten der beteiligten Akteure sind die objektiven Auswirkungen auf die betroffene Person funktional mit einer Zersetzungskampagne vergleichbar.

Ein solches Kommunikationsverhalten lässt sich nicht lediglich durch beispielsweise toxisch-psychologische Persönlichkeitsstörungen erklären, sondern deutet vielmehr auf ein gezielt erlerntes Vorgehen hin, das in der Regel nur durch eine entsprechende Ausbildung in psychologischen Manipulationstechniken erworben werden kann. Insbesondere die konsequente Anwendung der einzelnen Phasen verschiedener Techniken spricht für ein systematisches und methodisches Vorgehen.

Die zentralen strategischen Elemente dieser Kampagne sind:

1. Missbrauch offizieller Kanäle: Die Nutzung eines formell mangelhaften Dokuments des Betreibungsamtes als Vehikel, um eine Kaskade von repressiven Massnahmen auszulösen^{10,2}.
2. Systematische Desinformation und Beweisfabrikation: Die bewusste Erfindung nicht existenter Dokumente und chronologisch unmöglicher Sachverhalte, um das eigene rechtswidrige Handeln zu verschleiern und zu rechtfertigen⁰¹.
3. Prozeduraler Missbrauch: Die Umkehrung der Beweislast und die Instrumentalisierung der gesetzlichen Mitwirkungspflicht als Waffe gegen Sie⁰¹.
4. Psychologische Kriegsführung: Der gezielte Einsatz von Gaslighting und die Schaffung "kafkaesker Doppelbindungen", um Verwirrung, Machtlosigkeit und psychische Lähmung zu erzeugen⁰².

Detaillierte Aufstellung der Manipulationstechniken

Die nachfolgende Tabelle klassifiziert die beobachteten Maßnahmen entsprechend der jeweiligen Technik, unterlegt diese mit einschlägigen Zitaten aus den Dokumenten und analysiert sowohl den angestrebten psychologischen Effekt als auch die hybride Anwendung.

Die vorliegenden Vorgänge zeigen ein konsistentes Muster, das eine gründliche rechtliche sowie regulatorische Bewertung der eingesetzten Methoden psychologischer Beeinflussung durch Manipulation als neuartige Form hybrider psychologischer Kriegsführung erforderlich macht

Tabelle der Manipulationstechniken

Tabelle der von Unia-Mitarbeitenden eingesetzten Manipulationstechniken:

Technik	Methode / Kategorie	Analyse des psychologischen Effekts und der hybriden Anwendung				
Systematische Desinformation & Beweisfabrikation	Zersetzung / Schwarze Propaganda (PSYOPS)	Patrice Schneider: Erfindet ein nicht existentes Dokument als Quelle der Anschuldigungen: "Sämtliche Informationen zum Sachverhalt haben wir der Beschwerdeantwort an Sie, von Herrn Widmer vom 13.06.2025 entnommen, von welcher wir ebenfalls eine Kopie erhalten haben" ⁵ . Diese Behauptung steht im direkten Widerspruch zur E-Mail von T. Öztürk vom 19.06.2025, der das Betriebsamt als Quelle nennt ⁶ .	Psychologischer Effekt: Erzeugt maximale Verwirrung und zwingt das Ziel, ein Phantom zu bekämpfen. Dies untergräbt das Realitätsempfinden und erschöpft die Ressourcen des Betroffenen ⁷ .	Hybride Anwendung: Die Technik der Schwarzen Propaganda (Erfindung einer falschen Quelle) wird in einem offiziellen administrativen Kontext (E-Mail eines Standortleiters) angewendet, um einer Lüge den Anschein vo Legitimität zu verleihen.		
Gaslighting & Konstruktion falscher Tatsachengrundlagen	Zersetzung / Psychologische Zermürbung	Timur Öztürk: Nachdem die erste Begründung widerlegt ist, konstruiert er am 01.07.2025 einen neuen, chronologisch unmöglichen Grund für die bereits im April erfolgte Leistungseinstellung: "Sie haben uns das Formular AVP nicht gesendet..." ⁸ .	Psychologischer Effekt: Klassisches Gaslighting. Das ständige Ändern der Argumentation zielt darauf ab, die Wahrnehmung und das Gedächtnis des Ziels in Zweifel zu ziehen, es zu zermürben und jede stabile Grundlage für eine rationale Argumentation zu zerstören ⁹ .	Hybride Anwendung: Eine psychologische Missbrauchstechnik wird durch eine Person in einer Autoritätsposition (Leiter ALK Zentrale) angewendet, was die Wirkung massiv verstärkt und die Realität des Opfers institutionell in Frage stellt.		
Erzeugung einer "kafkaesken" Doppelbindung	Zersetzung / Psychologische Lähmung	Timur Öztürk: Teilt mit, dass die Abklärungen abgeschlossen seien, da die Vorwürfe bestritten wurden, die Zahlungen aber dennoch weiterhin an das Betriebsamt geleitet würden ¹⁰ . Er erklärt das Opfer quasi für unschuldig, bestraft es aber gleichzeitig ¹¹ .		Psychologischer Effekt: Erzeugt eine extreme kognitive Dissonanz und ein Gefühl totaler Machtlosigkeit, da das Verfahren jeder rationalen Grundlage beraubt wird ¹² . Diese Taktik ist darauf ausgelegt, psychische Lähmung und erlernte Hilflosigkeit zu induzieren ¹³ .	Hybride Anwendung: Ein Element der psychologischen Folter wird in eine administrative Mitteilung verpackt. Die Handlung demonstriert absolute Willkür unter dem Deckmantel eines geordneten Verfahrens.	
Prozeduraler Missbrauch & Rechtsverweigerung	Zersetzung / Info Ops	Patrice Schneider: Fordert die Widerlegung von Vorwürfen, während er sich weigert, die Beweismittel offenzulegen ¹⁴ . Er kehrt die Beweislast um und widerspricht dem Untersuchungsgrundsatz, wonach die Behörde den Sachverhalt abklären muss ¹⁵ .	Patrice Schneider: Kündigt an, auf weitere Korrespondenz nicht mehr zu reagieren ("...werden wir nicht weiter reagieren...") und droht mit einem Nichteintretensentscheid ¹⁶ .		Psychologischer Effekt: Schafft eine Situation, in der das Ziel zwangsläufig scheitern muss, was als Vorwand für weitere Sanktionen dient ¹⁷ . Die Verweigerung des Dialogs verstärkt das Gefühl der Isolation und Hilflosigkeit und demonstriert die absolute Macht der Institution über den Prozess ¹⁸ .	Hybride Anwendung: Gesetzliche Pflichten (Mitwirkungspflicht) werden zur Waffe (Info Ops), um das Ziel zu disziplinieren ¹⁹ . Die Kontrolle des Informationsflusses (Verweigerung der Korrespondenz) wird zur Machtdemonstration eingesetzt.
Semantische Manipulation & Rechtsverdrehung	Graue Propaganda (PSYOPS) / Institutionelles Gaslighting	Timur Öztürk: Stellt den gesamten rechtswidrigen Prozess (Handeln auf Basis einer nichtigen Anzeige, massive Verletzung des rechtlichen Gehörs) als "korrekterweise" und gesetzeskonform dar ²⁰ .		Psychologischer Effekt: Zielt darauf ab, das Rechtsverständnis des Opfers zu entwerten und ihm das Gefühl zu geben, sein eigenes Verständnis von Recht und Unrecht sei fehlerhaft ²¹ . Die Realität wird so verdreht, dass der Widerstand des Betroffenen als irrational erscheint.	Hybride Anwendung: Es wird eine Form der grauen Propaganda verwendet, bei der der Absender zwar bekannt ist, die Information aber bewusst verzerrt wird, um rechtswidrige Handlungen als legitime Verfahren darzustellen ²² .	
Systematische Diskreditierung	Zersetzung	Unia (kollektiv): Übernimmt und verwendet aktiv die unbelegten und ehrverletzenden Anschuldigungen des Betriebsamtes (angebliche Tätigkeit als Arzt in Deutschland, verdächtige TWINT-Zahlungen), um Ihren Ruf zu schädigen und weitreichende Massnahmen zu rechtfertigen ²³ .	Psychologischer Effekt: Zerstörung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Zielperson. Die Vermischung von plausiblen, aber unwahren Behauptungen mit dem offiziellen Handeln einer Behörde wiegt besonders schwer ²⁴ .	Hybride Anwendung: Eine Methode der Zersetzung (Rufschädigung) wird durch eine administrative Handlung (offizielles Schreiben mit dem Betreff "Stellungnahme zu unwahren Angaben") exekutiert und potenziert.		

Rechtliche Würdigung

1. Einleitung und Zusammenfassung

Dieses Gutachten befasst sich mit der umfassenden rechtlichen Würdigung der Handlungen von Amtsträgern des Betreibungsamtes Sihltal und der Unia Arbeitslosenkasse, die in einer über 130 Tage andauernden, vollständigen Sperrung des Einkommens von Herrn Nicolas Loosli gipfelten.¹ Eine isolierte Betrachtung dieser administrativen Massnahmen würde der Komplexität und Schwere des Falles nicht gerecht. Die vorgelegten Dokumentationen legen nahe, dass die Handlungen der involvierten Behörden nicht als blosse Fehlerkette zu werten sind, sondern im Kontext einer systematischen Kampagne bewertet werden müssen, die in den Analysen als "hybride psychologische Kriegsführung" charakterisiert wird.¹ Die hier untersuchten Handlungen stellen die Phase der "finanziellen Strangulierung" und der "psychologischen Zermürbung" dar, deren Ziel die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage ist.¹

Die zentrale juristische These dieses Gutachtens ist, dass der initiale Hoheitsakt des Betreibungsamtes Sihltal – die Ausstellung eines Dokuments, das bewusst und täuschend als "Anzeige betreffend Taggeldpfändung" gestaltet war – einen Akt der arglistigen Täuschung darstellt, der gemäss Art. 22 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) von Anfang an absolut nichtig war.¹ Folglich entbehren alle darauf basierenden Folgemassnahmen, insbesondere die 100-prozentige Einkommenssperre durch die Unia Arbeitslosenkasse und deren nachfolgende Kampagne systematischer Desinformation, jeder rechtlichen Grundlage.

Die vorgelegten Beweismittel, insbesondere ein interner Vermerk des Betreibungsamtes, wonach die fehlerhafte Deklaration "kein Versehen" war, untermauern den Vorsatz der handelnden Beamten.¹ Dieser Kontext einer geplanten und koordinierten Operation ist entscheidend für die strafrechtliche Beurteilung, da er das für den Tatbestand des Amtsmissbrauchs (Art. 312 des Schweizerischen Strafgesetzbuches,

StGB) erforderliche subjektive Element der Schädigungsabsicht (*Nachteilsabsicht*) erhärtet. Dieses Gutachten wird die Nichtigkeit des Verwaltungsaktes, die daraus resultierenden zivil- und strafrechtlichen Konsequenzen sowie die Mitverantwortung der Unia Arbeitslosenkasse detailliert analysieren und darauf aufbauend finalisierte Entwürfe für die notwendigen Rechtsschriften zur Verfügung stellen.

2. **Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft** **Staatsanwaltschaft II des Kantons Zürich**

- **Staatsanwaltschaft II (StA II) – Abteilung für besondere Untersuchungen**, insbesondere gegen Beamte und Behördenmitglieder.⁴

Die in der Strafanzeige dargelegten Vorwürfe richten sich primär gegen Amtsträger (Frau Stadtammännin Ruckstuhl, Herr Campisano) und Mitarbeiter einer quasi-staatlichen Organisation (Unia), denen ein Missbrauch ihrer amtlichen Funktion zur Last gelegt wird.

Dieses Deliktsfeld fällt in den Zuständigkeitsbereich der **Staatsanwaltschaft II für besondere Untersuchungen**.

3. **Analyse des Hoheitsaktes vom 21./26. März 2025:** **Täuschung und absolute Nichtigkeit**

Der Dreh- und Angelpunkt des gesamten Falles ist das vom Betreibungsamt Sihltal am 21. März 2025 ausgestellte und an die Unia sowie die Seegarten Klinik AG übermittelte Dokument.¹ Eine präzise juristische Analyse dieses Aktes ist unerlässlich, da seine Rechtswidrigkeit die Grundlage für alle weiteren Ansprüche bildet.

Die rechtliche Unterscheidung: Sicherungsmassnahme vs. Pfändung

Das Schweizerische Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) unterscheidet fundamental zwischen einer Pfändung und einer vorsorglichen Sicherungsmassnahme. Diese Unterscheidung ist nicht bloss terminologisch, sondern hat weitreichende Konsequenzen für die Rechte des Schuldners.

- **Die Pfändung (Art. 89 ff. SchKG):** Eine Pfändung ist ein formalisierter Hoheitsakt, der den Abschluss eines ordentlichen Betreibungsverfahrens voraussetzt. Sie greift in das Vermögen des Schuldners ein, ist aber durch zwingende Schutzvorschriften begrenzt. Die wichtigste dieser Schutzvorschriften ist die Wahrung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums gemäss Art. 93 SchKG. Einem Schuldner darf niemals sein gesamtes Einkommen entzogen werden; ihm muss ein unpfändbarer Betrag zur Deckung seiner Lebenshaltungskosten verbleiben.¹

- **Die Sicherungsmassnahme:** Vorsorgliche oder sichernde Massnahmen sind im SchKG nicht explizit geregelt, aber von der Rechtsprechung als zulässig anerkannt, um eine zukünftige Vollstreckung zu sichern (z.B. bei Fluchtgefahr). Sie haben einen rein provisorischen, superprovisorischen Charakter. Das Obergericht des Kantons Zürich hat in seinem Urteil PS150045 vom 24. August 2015 unmissverständlich festgehalten, dass eine solche Massnahme **keine Pfändung** ist, sondern lediglich eine "blosse Sicherungsvorkehr".¹ Sie darf keine pfändungsähnliche Dauerwirkung entfalten und ist nur bei besonderer Dringlichkeit zulässig, wobei dem Schuldner nachträglich das rechtliche Gehör gewährt werden muss.¹

Der Täuschungsakt: Vorsätzliche Verwendung eines falschen Formulars

Die Handlungen des Betreibungsamtes Sihltal stellen eine bewusste Vermischung dieser beiden Instrumente dar, um eine Wirkung zu erzielen, die auf legalem Wege unmöglich gewesen wäre.

1. **Die irreführende Form:** Das Amt verwendete das offizielle Formular mit dem Titel "Anzeige betreffend Taggeldpfändung" bzw. "Anzeige an den Arbeitgeber betreffend Lohnpfändung".¹ Dieser Titel signalisiert dem Drittschuldner (Unia, Seegarten Klinik AG) unzweideutig das Vorliegen einer rechtsgültigen Pfändung und löst dessen Pflicht aus, die Zahlungen an das Betreibungsamt statt an den Schuldner zu leisten.
2. **Der fatale Mangel:** Gleichzeitig wurde das für die Gültigkeit einer Pfändung konstitutive Feld "Pfändung Nr." auf dem Dokument bewusst leer gelassen.¹ Das Fehlen dieser Nummer entzieht dem Akt den Charakter einer gültigen Pfändung.
3. **Der Beweis der Absicht:** Ein internes Dokument des Betreibungsamtes belegt unwiderlegbar die Vorsätzlichkeit dieses Vorgehens. Darin wird festgehalten: "Auf der Anzeige hat es keine Pfändungsnummer, da wir diese bis dato nicht vollziehen konnten und es sich hierbei um eine Sicherungsmassnahme handelt. **Hierbei handelt es sich um kein Versehen**".¹

Dieses Vorgehen war eine kalkulierte rechtliche Täuschung. Die Beamten wussten, dass eine korrekte Pfändung aufgrund des zu wahrenden Existenzminimums keine 100-prozentige Sperrung der Gelder erlaubt hätte. Sie wussten ebenfalls, dass eine korrekt deklarierte Sicherungsmassnahme nur von kurzer Dauer und an strenge Voraussetzungen geknüpft gewesen wäre. Sie schufen daher ein rechtlich non-existentes Hybridinstrument – eine als Pfändung getarnte Sicherungsmassnahme –, um die Schutzmechanismen beider Verfahrensarten zu umgehen und das maximale Schadensziel, die sofortige und totale finanzielle Strangulierung, zu erreichen.

Die Konsequenz: Absolute Nichtigkeit gemäss Art. 22 SchKG

Nach gefestigter bundesgerichtlicher Rechtsprechung sind Verfügungen von Betreibungsämtern nichtig, wenn sie an einem besonders schweren und offensichtlichen Mangel leiden und die Rechtssicherheit in unerträglicher Weise gefährden.¹ Die Verfügung vom März 2025 erfüllt diese Kriterien in exemplarischer Weise:

- **Schwerwiegender Mangel:** Die bewusste Falschbezeichnung der Rechtsnatur des Hoheitsaktes, um die zwingenden Schuldnerschutzvorschriften des Art. 93 SchKG auszuhebeln, stellt den schwerstmöglichen Mangel dar.
- **Offensichtlichkeit des Mangels:** Das Fehlen einer Pfändungsnummer auf einem Formular, das eine Pfändung anzeigt, ist ein für jeden professionellen Empfänger wie die Unia sofort erkennbarer, offensichtlicher Mangel.
- **Verletzung öffentlicher Interessen:** Die korrekte Durchführung der Zwangsvollstreckung und der Schutz des Existenzminimums sind fundamentale Pfeiler des Rechtsstaates. Ihre bewusste Umgehung verletzt das öffentliche Interesse in höchstem Masse.

Da der Gründungsakt absolut nichtig ist, hat er von Anfang an (*ex tunc*) keinerlei Rechtswirkungen entfaltet. Er ist ein juristisches Nichts. Daraus folgt zwingend, dass die Unia zu keinem Zeitpunkt rechtmässig angewiesen war, Gelder zu sperren, und das Betreibungsamt niemals berechtigt war, diese Gelder entgegenzunehmen oder zurückzuhalten.

4. Strafrechtliche Relevanz des Verhaltens der Amtsträger

Die bewusste und gezielte Vorgehensweise der involvierten Amtsträger erfüllt die Tatbestandsmerkmale mehrerer schwerwiegender Straftatbestände. Die nachfolgende Tabelle systematisiert die Handlungen und deren mögliche juristische Qualifikation.

Tabelle 1: Juristische Qualifikation der Handlungen nach Akteur

Akteur (Name, Institution)	Konkrete Handlung(en)	Mögliche strafrechtliche Tatbestände
Manuela Ruckstuhl (Betreibungsamt Sihlital)	Vorsätzliche Ausstellung einer als "Pfändung" getarnten, nichtigen Sicherungsmassnahme; Übermittlung unbelegter, ehrverletzender Behauptungen (Arztstätigkeit, TWINT-Einkommen); Missachtung des Existenzminimums; nachträgliche, widersprüchliche Rechtfertigungen.	Amtsmissbrauch (Art. 312 StGB): Missbrauch der Amtsgewalt mit direkter Schädigungsabsicht. Urkundenfälschung im Amt (Art. 317 StGB): Erstellung einer inhaltlich unwahren öffentlichen Urkunde (Falschbeurkundung). Verleumdung (Art. 174 StGB): Verbreitung ehrverletzender Tatsachen wider besseres Wissen. Nötigung (Art. 181 StGB): Indirekte Nötigung durch wirtschaftlichen Druck.
Stefano Campisano (Betreibungsamt Sihlital)	Beteiligung an der Kommunikation und mutmassliches Versprechen einer "Pfändung" an Dritte (z.B. Simon Mösch).	Gehilfenschaft/Mittäterschaft zum Amtsmissbrauch (Art. 25/312 StGB).
Patrice Schneider (Unia Arbeitslosenkasse)	Vollzug der 100%-Sperrung auf Basis einer offensichtlich nichtigen Verfügung; aktive Desinformation durch Erfindung eines nicht existenten Beweismittels ("Beschwerdeantwort Widmer").	Gehilfenschaft/Mittäterschaft zum Amtsmissbrauch (Art. 25/312 StGB): Durch aktives Handeln den Schaden ermöglicht und vergrössert. Verleumdung (Art. 174 StGB): Weiterverbreitung der falschen Behauptungen.
Timur Öztürk (Unia Arbeitslosenkasse)	Systematische Desinformation durch chronologisch unmögliche Rechtfertigungen ("Gaslighting"); Aufrechterhaltung der Sanktion trotz angeblicher Klärung der Vorwürfe ("kafkaeske Doppelbindung").	Gehilfenschaft/Mittäterschaft zum Amtsmissbrauch (Art. 25/312 StGB).

Der zentrale Straftatbestand ist der **Amtsmissbrauch (Art. 312 StGB)**. Die Beamten haben ihre Amtsgewalt nicht nur fehlerhaft, sondern gezielt zweckentfremdet, um einen Nachteil herbeizuführen. Die *Nachteilsabsicht* ist durch die logische und unausweichliche Folge ihres Handelns – die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz – bewiesen. Jüngste bundesgerichtliche Rechtsprechung (BGE 149 IV 128) präzisiert, dass der beabsichtigte Nachteil bereits in der unrechtmässigen Zwangshandlung selbst liegen kann, was hier klar der Fall ist.¹⁰

Die **Urkundenfälschung im Amt (Art. 317 StGB)** in der Form der Falschbeurkundung ist ebenfalls gegeben. Eine öffentliche Urkunde (die "Anzeige") wurde erstellt, die eine falsche rechtliche Tatsache (das Bestehen einer Pfändung) beurkundete, um bei der Unia eine rechtliche Folge auszulösen.¹³

Schliesslich ist das gesamte Vorgehen, insbesondere die spätere massenhafte Publikation von Zahlungsbefehlen nach der künstlich herbeigeführten Zahlungsunfähigkeit, als **Rechtsmissbrauch gemäss Art. 2 ZGB** zu werten. Die Betreibung wurde hier offensichtlich nicht zur Forderungsdurchsetzung, sondern als schikanöses Mittel zur Zermürbung eingesetzt, was die Nichtigkeit der entsprechenden Betreibungen zur Folge hat.¹⁹

5. Die Rolle der Unia Arbeitslosenkasse: Grobe Fahrlässigkeit und Mitverantwortung

Die Unia Arbeitslosenkasse ist nicht nur ein passives Opfer der Täuschung durch das Betreibungsamt, sondern trägt eine erhebliche Mitverantwortung. Als professionelle Organisation im Sozialversicherungsrecht unterliegt sie einer erhöhten Sorgfaltspflicht.

- **Grobe Fahrlässigkeit:** Die Unia-Mitarbeiter hätten die „Anzeige“ vom 21. März 2025 aufgrund der fehlenden Pfändungsnummer als rechtlich unzureichend erkennen und entsprechend zurückweisen müssen. Stattdessen wurde auf Basis dieser Grundlage eine vollständige Einkommenssperre verhängt, was als grob fahrlässiges Vorgehen zu bewerten ist.
- **Aktive Komplizenschaft durch Desinformation:** Das Verhalten der Unia-Mitarbeiter, insbesondere von Herrn Schneider und Herrn Öztürk, geht über den Bereich bloßer Fahrlässigkeit hinaus. Die dokumentierte Reihe widersprüchlicher, chronologisch nicht nachvollziehbarer und nachweislich unzutreffender Rechtfertigungen (siehe Tabelle unten) legt nahe, dass eine Strategie der Verschleierung und Zermürbung verfolgt wurde. Dieses Vorgehen kann als institutionelle Irreführung beziehungsweise institutionelles „Gaslighting“ eingestuft und dem Rechtsmissbrauch zugeordnet werden.

Die Maßnahmen der Unia sind aus diesem Grund nicht ausschließlich als Reaktion auf das ursprüngliche Handeln des Betreibungsamtes zu interpretieren, sondern stellen eine eigenständige Phase dar. Daraus ergibt sich eine zivilrechtliche Haftung der Unia für entstandene Schäden

Tabelle 2: Chronologie der widersprüchlichen Rechtfertigungen

Datum	Akteur (Institution)	Angegebene Rechtfertigung für die Leistungssperre	Widersprüchliche Tatsache / Frühere Aussage
13.06.2025	M. Widmer (Unia), zitierend Betreibungsamt	Die Information, Herr Loosli sei als Arzt in Deutschland tätig, stamme direkt von Herrn Loosli selbst ("teilte uns Herr Loosli mit").	Ursprüngliche, unbelegte Behauptung zur Rechtfertigung der Untersuchung.
20.06.2025	M. Ruckstuhl (Betreibungsamt)	Die Information stamme nicht von Herrn Loosli, sondern aus einer vagen, undatierten E-Mail seiner Ehefrau von "vor geraumer Zeit".	Direkter Widerspruch zur Version vom 13.06., was belegt, dass die erste Behauptung eine Falschaussage war.
20.06.2025	P. Schneider (Unia)	Die Information stamme aus einer "Beschwerdeantwort an Sie, von Herrn Widmer vom 13.06.2025", die der Kläger erhalten haben soll.	Erfindung eines nicht existenten Beweismittels ("Schwarze Propaganda"), um die kompromittierende Quelle (Betreibungsamt) zu verschleiern. Das Dokument wurde nie vorgelegt.
01.07.2025	T. Öztürk (Unia)	Die Zahlungseinstellung sei erfolgt, weil der Kläger die Formulare für Mai und Juni 2025 nicht eingereicht habe.	Chronologisch unmöglich ("Gaslighting"), da die Zahlungen bereits seit April 2025 eingestellt waren.
01.07.2025	T. Öztürk (Unia)	Die Abklärungen seien abgeschlossen, da der Kläger die Vorwürfe bestreite, die Sanktion (Zahlung an das Betreibungsamt) bleibe aber bestehen.	"Kafkaeske Doppelbindung": Gleichzeitige Mitteilung von "Unschuld" und Bestrafung, um ein Gefühl totaler Machtlosigkeit zu erzeugen.

6. Der Kontext der "Psychologischen Kriegsführung": Juristische Einordnung und strategische Verwertung

Während Begriffe wie "psychologische Kriegsführung" oder "Zersetzung" keine eigenständigen Straftatbestände im Schweizer Recht darstellen, ist der von Ihnen dokumentierte Gesamtkontext von entscheidender strategischer Bedeutung für alle rechtlichen Schritte. Er dient als Interpretationsrahmen, der die Handlungen der Beamten aus dem Bereich des Versehens oder der Fahrlässigkeit in den Bereich des Vorsatzes und der Bösgläubigkeit rückt.

Die dokumentierten Warnungen aus dem familiären Umfeld und die Bestätigung durch den Geschäftsführer der Seegarten Klinik, Christoph Marti, dass es sich um eine koordinierte Kampagne handle, sind wertvolle Indizienbeweise.¹ Sie etablieren ein Motiv und einen Plan, der den späteren Handlungen der Behörden vorausging.

In einer Strafanzeige oder einer Beschwerde an die Aufsichtsbehörde muss dieser Kontext dargelegt werden, um zu argumentieren, dass die Handlungen der Beamten nicht isoliert betrachtet werden können. Sie erscheinen als logische Umsetzung der zuvor angedrohten "finanziellen Strangulierung". Juristisch lässt sich dieser Kontext verwerten, um:

- die **besondere Skrupellosigkeit** der Täter aufzuzeigen, was sich strafscharfend auswirken kann.
- die **Nachteilsabsicht** für den Tatbestand des Amtsmissbrauchs zu untermauern.
- den **Rechtsmissbrauch** nach Art. 2 ZGB zu belegen, indem gezeigt wird, dass die behördlichen Verfahren nicht ihrem eigentlichen Zweck, sondern der systematischen Zermürbung dienen.

Indem die Einzelakte in diesen narrativen Rahmen eingebettet werden, wird es für eine Staatsanwaltschaft oder eine Aufsichtsbehörde ungleich schwerer, die Vorfälle als unzusammenhängende administrative Pannen abzutun. Der Kontext zwingt die Behörden, sich mit der Frage der Systematik und der Absicht auseinanderzusetzen.